Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen: Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Redaktion: Am

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 46. [47. Jahrgang.] Sonntag den 23. Febr[uar] Erste (Abend-)Ausgabe. [47. Jahrgang.] Nr. 46.

Berlin, den 22. Februar.

Rückblicke.

In ausgiebiger Weise wurde vom Reichstag die zweite Lesung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zu ausgedehnten Erwägungen benutzt; schon am Sonnabend hatte der konservative Abgeordnete v. Treuenfels die [illegible] aufgenommene Bemerkung, daß die [illegible] die Fraktionen im Stiftungsrat vertreten seien. Allerdings wurden die schon hinreichend erörterten Themata, so die Besoldungsfrage, Examina für gehobene Unterbeamtenstellen, akademisches Studium für die höhere Karriere, Koalitionsrecht usw., jetzt auch von den Rednern der kleineren Fraktionen nochmals ziemlich breit behandelt. Die Ostmarkenzulage der Beamten fand natürlich an den Polen Kulerski ihren erbitterten Gegner, und der Vorfall, der im vergangenen Sommer die Kündigung des Postvertrauensarztes Dr. Schellenberg in Wiesbaden verursachte, wurde vom Abg. Struve (Frs. Vgg.) aufgerollt. Staatssekretär Kraetke erwiderte, die Postverwaltung habe dem genannten Arzt nicht die Vertrauensstellung gekündigt, weil dieser in der Reichstagsstichwahl zugeständnermaßen sozialdemokratisch wählte, sondern weil diese Tatsache bekannt wurde. Die Behörde verlange von ihren Beamten, höheren wie niederen, daß sie nicht für Sozialdemokraten stimmten. Es hieße also eine gerade für die Unterbeamten widersinnig erscheinende Situation zulassen, wenn bei einem höher stehenden Manne, der dienstliche Beziehungen zur Post habe, ein solches Verhalten gleichsam als irrelevant angesehen würde. Am Montag suchte der südbeutsche Sozialdemokrat Eichhorn die ihm mangelnde Aufmerksamkeit des schwach besetzten Hauses durch grobe persönliche Ausfälle gegen den Staatssekretär zu erringen. Es trug ihm zwei Ordnungsrufe des Präsidiums und eine entschiedene Widerlegung durch den Angegriffenen ein. Staatssekretär Kraetke wies nach, daß der Vorwurf des Abg. Singer wegen angeblicher Verletzung des Briefgeheimnisses nicht substantiiert werde, und erinnerte im übrigen an das Wort: „Wer nicht pariert, fliegt hinaus". Der nächste Sitzungstag brachte die Beratung des Antrages der Reichspartei, betreffend die Aufnahme der außerordentlichen Beihilfen für mittlere und untere Beamte in den gemischtsprachigen Gebietsteilen in die fortdauernden Ausgaben des neuen Etats; die Abstimmung wurde bis zur dritten Beratung ausgesetzt und bald darauf der Postetat bewilligt. Zum Etat der Justizverwaltung lagen beim Titel „Staatssekretär" elf Resolutionen vor und zeitigten lange Reden, unter denen die des Abg. Stadthagen (Soz.) am Mittwoch beträchtlich mehr als zwei Stunden und auch inhaltlich die Geduld des Hauses stark in Anspruch nahm. Staatssekretär Dr. Nieberding zerpflückte die agitatorische Leistung dieses Redners sogleich nach Gebühr und enthüllte ihren Zweck durch das Attest [illegible] der sozialdemokratischen Partei auf dem Parteitage in Jena, wonach Militärentziehungen und Klassenjustiz die besten Agitationsmittel sind, die das Volk am meisten aufreizen und aufhetzen. Unumwunden gab der Staatssekretär zu, daß auch in der Justizpflege Fälle vorkommen, die man beklagen muß, die aber doch immer nur Ausnahmefälle sind, und hielt den Sozialdemokraten, die mit Aeußerungen ihres Unwillens, Lärm und Zwischenrufen natürlich nicht sparten, entgegen, daß mit der Schlichtung von Streitigkeiten in ihren Reihen betrauten Organen ebenso das Verständnis für die Arbeiterinteressen von den eigenen Genossen abgesprochen würde wie den Richtern des bürgerlichen Staates. Unter lebhafter allseitiger Zustimmung wies der Staatssekretär mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurück, daß ein deutscher Richter mit Bewußtsein und Vorsatz das Recht beuge. Im weiteren Verlauf der Sitzung veranstaltete der freisinnige Abg. Ablaß eine kleine Ausstellung von künstlerischen Reproduktionen, deren Schaustellung gelegentlich beanstandet worden war. Bei Beginn der fortgesetzten Beratung am Donnerstag war die Anzahl der Resolutionen zum Titel „Staatssekretär" auf fünfzehn angewachsen, was dem Abg. Bassermann die Bemerkung nahelegte, diese wachsende Zahl drücke die Bedeutung der einzelnen Resolution und vielleicht auch ihre Wirksamkeit bei der Regierung herab, und die Vertreter der Regierung könnten bei diesen Debatten leicht aus der mitberatenden Rolle in die der Passivität gedrängt werden. Man sollte sich in der Einbringung von Resolutionen etwas beschränken, weniger wäre dann mehr. Am Freitag wurde zunächst, nach einer Erklärung des Staatssekretärs des Innern v. Bethmann Hollweg zur Scheckfähigkeit der Sparkassen, das Scheckgesetz in zweiter Lesung einstimmig angenommen und dann wieder zum Justizetat übergegangen. — Natürlich begegnet der Gang und das Tempo der Verhandlungen in der Presse bereits einiger Besorgnis über den Zeitverlust, doch wird nicht ohne Grund hinzugesetzt, daß um die jetzige Jahreszeit eine solche Betrachtungsweise noch jedesmal nahegelegen hat. Immerhin tauchte die schon vor Weihnachten angeregte Frage der Kontingentierung dabei von neuem auf, während die im Zusammenhang mit der parlamentarischen Lage erörterte Neubesetzung des Reichsschatzsekretärpostens inzwischen durch die Ernennung des bisherigen Unterstaatssekretärs des Reichspostamts Sydow ihre Erledigung gefunden hat.

Eine lebhafte Debatte über das preußische Volksschulwesen entspann sich in der Montagsitzung des Abgeordnetenhauses aus Anlaß des liberalen Antrags wegen Beseitigung von Mängeln der Volksschule, die sich aus Erfahrungen bei den Fortbildungsschulen ergäben. Kultusminister Dr. Holle stellte demgegenüber seine Uebereinstimmung mit dem Handelsminister fest, die dahin geht, daß ungünstige Einzelerfahrungen mit Fortbildungsschülern noch keine bündigen Schlüsse auf Mängel der Volksschule zulassen, allein es sei nach wie vor seine, des Ministers, vornehmste Aufgabe, die Leistungen der Volksschule zu heben. Später nahm er das Wort über deren Lehrer und die Lehrmethode. Bei der hohen Bedeutung des Lehrerbildungswesens für die Schule sei auch durch sachgemäße Ordnung des Besoldungswesens dafür zu sorgen, daß die Lehrerbildner dauernd ihrem Berufe erfüllen bleiben. Eine gewünschte Anweisung für die Rektoratsschulen stehe unmittelbar bevor. Durch eine neuerliche Anweisung über die Lehrmethode werde bereits der Anregung entsprochen, den Unterricht möglichst praktisch zu gestalten und dem Lehrer möglichst weitgehende Bewegungsfreiheit zu sichern. Die Erfolge der Volksschule seien in erster Linie das Verdienst der Lehrer und ihrer treuen Arbeit. Der Antrag wurde hierauf der Unterrichtskommission überwiesen. Einen nationalliberalen Antrag, Staatsmittel bereitzustellen, um besonders befähigten Volksschülern mehr als bisher die höhere Ausbildung zu ermöglichen, begründete der Abg. Schiffer namentlich mit seiner persönenden Wirkung auf die breiten Massen. Nach dem Abg. Henning, der zur Vorsicht mahnte, bezeichnete der Minister den Grundgedanken des Antrages als sympathisch. Bereits ständen aber, abgesehen von den Mitteln, die die Minister [illegible] Landwirtschaft in der Hand haben, auch ihr[illegible] bildung begabter mittelloser Schüler auf [illegible] anstalten und Hochschulen, wie auf Präparan[illegible] Seminaren, sowie als Künstler beträchtliche [illegible] fügung. Allein die Auswahl sei recht [illegible] führten nur zu leicht zu unbefriedigendem Re[illegible] lich bei Künstlern. Aber dieser Antrag wur[illegible] kommission überwiesen. Es folgte [illegible] auf Erklärung des Ministers, daß die Sach[illegible] besoldungsgesetze geregelt werden solle, zur [illegible] Antrag des Abg. v. Oldenburg auf Ausdehnung [illegible] Ostmarkenzulage auf alle westpreußischen Kreise [illegible] Kommission für das erwähnte Gesetz überwiesen. [illegible] der weiteren Beratung am Dienstag wies der Kultusminister auf die bevorstehende Umgestaltung der Schulbehörden hin und sprach sich über den Stand der Erwägungen zur Förderung der Jugendspiele aus. Der Anregung gegenüber, die Ferien der höheren und der Volksschulen zusammenzulegen, wies Ministerialdirektor D. Schwartzkopff am Mittwoch die seit drei Jahren schon dagegen aufgeführten Gründe bei, die jedesmal vom Hause gewürdigt worden sind. Zu [illegible] gerückter Stunde brachte ein Antrag v. Pappenheim, von [illegible] neugeforderten Kreisschulinspektorstellen eine, die für Potsdam zu streichen, Bewegung in das Haus. Die Debatte darüber gestaltete sich parteipolitisch; Redner der nationalliberalen, [illegible] freisinnigen und der freikonservativen Fraktion sprachen [illegible] daß es sich hier um eine Art demonstrativer Kraftprobe handeln scheine, da das Objekt geringfügig, die Begründung nicht schlüssig sei. Bei der Abstimmung ging indessen der Antrag mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Polen durch.

Nach am Sonnabend entschied sich die Kommission des Herrenhauses über die Ostmarkenvorlage. [illegible] haben die neue, formal erweiterte Fassung, die damit für [illegible] Paragraphen 18 des Entwurfs vorgeschlagen wird, [illegible] mitgeteilt, ebenso die beigefügte Resolution. Wird das Plenum des Hauses, das am 26. zusammentritt, diesen Beschlüssen [illegible] pflichten, so muß die Vorlage an das Abgeordnetenhaus zurückgehen, in dem sich bekanntlich die Parteien auf [illegible] Grundlage geeinigt hatten, daß der Regierung die Enteignungsbefugnis für 70 000 Hektar ohne örtliche und zeitliche Beschränkung gegeben würde. Der Ostdeutschen Korrespondenz wird zu der Angelegenheit geschrieben: „So, wie die Enteignungsvorlage aus den beiden Lesungen des Herrenhauskommission hervorgegangen ist, fehlen ihr gerade die wirksamsten Machtmittel. Denn es soll bekanntlich [illegible] mehr als zehn Jahre alten Fideikommiß- und sonstigen [illegible] unterbrochenen Grundbesitz sowie bei Erwerb durch Erb[illegible] seitens naher Verwandten die Enteignung ausgeschlossen [illegible] Wir sind der Ansicht, daß die Vorlage in dieser Fassung [illegible] tatsächlich die Folge haben, die gesamte Ansiedlungstätigkeit lahm zu legen. Gerade der befestigte Besitz der polnischen Gutsherren ist das Hauptindernis für die Bildung geschlossener deutscher Ansiedlungen, und wenn er von der Enteignung ausgeschlossen bliebe, so würden alle die Folgen eintreten, die in der Denkschrift über die bisherige Tätigkeit der Ansiedlungskommission so klar und überzeugend dargelegt sind. Zunächst würde der Rest polnischen Großgrundbesitzes, bei dem die Enteignung noch Platz greifen könnte, um so härter getroffen werden. Aber die Gelegenheit, geeigneten Grundbesitz zu erwerben, wäre bei seinem geringen Umfange überhaupt bald erschöpft, und die Kommission würde fast ebenso rasch vor der Unmöglichkeit einer ersprießlichen Fortsetzung ihrer Tätigkeit stehen wie bei gänzlicher Versagung der Enteignungsbefugnis. Das Polentum behauptete siegreich das Feld. . . . Schon die Fassung, die das Abgeordnetenhaus dem Gesetzentwurf gegeben hat, bedeutet ja eine Beschränkung der Regierungsvorlage. Sie stellt aber immerhin doch etwas dar, mit dem praktische Arbeit geleistet werden kann, und deshalb durfte man sich mit ihr abfinden. Daß mindestens auf der Grundlage dieser Beschlüsse eine Einigung zu stande kommt, muß von der Staatsgesinnung der Herrenhausmehrheit mit Bestimmtheit erwartet werden. Das Herrenhaus hat immer als feste Stütze der Regierung in nationalen Fragen gegolten. Es darf und wird hier, wo der Erfolg einer zwanzigjährigen Arbeit für das Deutschtum und das Ansehen des Staates auf dem Spiele steht, nicht versagen."

Der Februar bringt für Berlin alljährlich die Beratungen landwirtschaftlicher Körperschaften und Vereine, die in der „Großen Landwirtschaftswoche" kulminieren. Auch diesmal ist der betreffende Abschnitt, sowie die zahlreichen Sitzungen rein fachmännischer Art erfüllt, von der Generalversammlung des Bundes der Landwirte eröffnet worden. Es wurde mit Genugtuung betont, daß diese Vertretung eines für die Wohlfahrt des Staates so bedeutsamen Standes nicht mehr im früheren Maße den Vorurteilen begegne, deren Ausdruck gerade in der hauptstädtischen Presse lange Zeit überwog. Die Mehrzahl der Redner im Rund des Zirkus Busch, den am Montag wieder viele Tausende füllten, gab denn auch zu erkennen, daß ein gedeihliches Zusammenwirken bei großen politischen Aufgaben immer notwendig sei; der Streit der Meinungen kann hierneben ohnehin nicht zu kurz.

Am Tage zuvor hatte eine freisinnige Versammlung in Berlin stattgefunden, bei der mehrere Abgeordnete der Partei sprachen. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Abg. Gyßling, der an Eugen Richters Grundsatz erinnerte, daß, wenn die Regierung die Hand biete zur Erfüllung einer liberalen Forderung, ohne daß die Liberalen Grundsätze zu verleugnen brauchten, dann solle man in die dargereichte Hand einschlagen und einer solchen Regierung keinen Knüppel zwischen die Beine werfen. Der Redner fuhr dann fort:

„Es wird mitunter so dargestellt, als wenn wir infolge der Blockpolitik irgend etwas von unseren Forderungen aufgestellt hätten, daß wir nicht mit der Kraft den Kampf führen wie früher. Das wird Ihnen vorerzählt zum Teil von einer Presse, die auch gegen uns gekämpft hat, als Eugen Richter uns noch führte. Ich erinnere Sie daran, daß, als Eugen Richter mit der Zentrumspartei zusammen Politik machte, dieselbe Presse und dieselben angeblichen Freunde wie heute gegen Eugen Richter Vorwürfe richteten, weil er mit dem Zentrum, einer bildungsfeindlichen Partei, marschiere. Und heute liest man in einem Aufsatz von Dr. Theodor Barth in der Zeitschrift März: „Soweit von einer Gegenschaft des Fürsten Bülow zur Zentrumspolitik gesprochen werden kann, bezieht sie sich nur auf jene demokratischen Tendenzen dieser Partei." (Heiterkeit.) Ich frage Sie: hat in den letzten Jahren das Zentrum etwa demokratische Tendenzen hervorgekehrt und nicht vielmehr in Gemeinschaft mit den Konservativen eine reaktionäre Politik auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet getrieben? Wie kann also Dr. Barth davon sprechen, daß die Blockpolitik gerichtet sei gegen die Zentrumsdemokratie? Einer solchen Darstellung müssen wir nachdrücklich entgegentreten. Wir sind es nicht, die Zwietracht in den liberalen Reihen säen und Verwirrung stiften, wir wollen einigen. Kritik ist gewiß nötig und die Mutter jedes Fortschritts, und wir Abgeordneten sind wahrlich nicht so eigensinnig und anmaßend, daß wir uns nicht die Kritik gefallen lassen wollten. Wir wissen sie zu schätzen, gerade weil wir in einer so schwierigen politischen Situation uns befinden. Aber wir können den Anspruch machen, daß man der Partei hat zu unserer Ehrlichkeit und zu unserem Verantwortungsgefühl. (Lebhafter Beifall.) Wenn Kritik die Mutter des Fortschritts ist, so ist andererseits die Disziplin die Mutter des Erfolges. Antisemus, so sagte neulich auf dem ostpreußischen Parteitag der Reichstagsabgeordnete Hartungschen Abg. Dr. Herzberg, ist, wenn er die Grenzen der Disziplin überschreitet, in Friedenszeiten ein Fehler, eine Schwäche, wenn er vor dem Feinde begangen wird, Verrat und Verbrechen."

Die Abneigung gegen das politische Treiben Dr. Barths und seiner Anhänger macht sich nachgerade in den Gegenden geltend, die sie letzthin erst als Wanderer aufgesucht hatten. So schreibt die Straßburger Zeitung, das liberale Organ für Elsaß-Lothringen:

„Bei Barth ist es ein unlenkbarer Doktrinarismus, bei Gerlach ein Dreitsdeh in ausgeprägter Radikalismus, der sich auswirken kann, koste es, was es wolle. Alle glauben, daß sie es ihrer Ueberzeugung schuldig sind, mit Feder und Rede an der Zerstörung des Blocks zu arbeiten, daß die liberalen Grundsätze gefährdet sind, und daß sie die Partei womöglich sprengen müssen, damit auf ihren Trümmern die reinen Grundsätze um so heller erstrahlen. Zahlreiche Organisationen, aber an ihrem Sitz alles andere als politisch ausschlaggebend sind, die eben darum rein rechtes Augenmaß haben für die Bedürfnisse und Entsagungen, unter denen allein praktische oder wirkliche Politik getrieben werden kann, jubeln ihnen nun zu, fassen Resolutionen so scharf und so verschrieben wie nur möglich und unterwühlen von ihrem Teile das mühsam zu stande gekommene Einigungswerk, ohne von der Tragweite ihres Tuns eine Ahnung zu haben. Damit erleiden sie einmal den Entschlieralismus überhaupt und schwächen die Einsicht, der an sich nicht allzu stark ist; sodann aber bisweilen sie speziell die Freisinnige Vereinigung bei den übrigen Gliedern der Fraktionsgemeinschaft, die taktische Differenzen nicht zu Gegensätzen auswachsen lassen, weil sie ganz anders an Geduldsamkeit gewöhnt sind als die „Sozialliberalen" in der Freisinnigen Vereinigung."

Beruht der Erfolg, den die Sozialdemokratie mit ihren Demonstrationen bisher erzielt hat, neben der Verurteilung der Reihe ihrer ausgelassenen Bürgerkriege zu angemessenen Strafen nur darin, daß den Bartisianern völlig die Köpfe gewaschen wurden, so wird ihr jetzt auch noch in Erinnerung gebracht, wie wenig ihren Führern und Mehrheiten jahrelang an einem Sturmlauf lag. Es ist ergötzlich, die wechselnden Beschlüsse oder Nichtbeschlüsse der Parteitage über diesen Punkt zu verfolgen, und zu gleicher Zeit [illegible] es belehrend, dabei zu sehen, wie wenig die innere Arbeit der „überzeugten Sozialdemokraten" tatsächlich bedeutet. Jene Parteitagsmehrheiten warteten einfach auf ihre [illegible] Bearbeitung; in Köln 1893 beschloß man Entsagung von den Landtagswahlen, in Gotha 1896 schwieg man davon, in Hamburg 1897 war man den Beschluß unter Anführung einiger Klauseln wieder um und in Stuttgart zu bringen seien. Erst 1900 in Mainz setzte Bebel durch, daß die Parteigenossen bei den Landtagswahlen zur Teilnahme anzuhalten seien; der Erfolg blieb 1903 bekanntlich aus. „So ist es gekommen", bemerkt die Freisinnige Zeitung, „daß die Sozialdemokratie eigentlich erst in der letzten Wahlperiode den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen ernsthaft aufgenommen hat. Durch Straßendemonstrationen glaubt sie kaum mehr nachholen zu können, was sie in früheren Jahrzehnten versäumt hat. Jetzt gebärdet sich die Sozialdemokratie, als sei von ihr allein eine Eroberung des Reichswahlrechts für Preußen zu erwarten. Dabei erschwert sie wiederum den Ersatz des Dreiklassenwahlrechts durch das Reichswahlrecht, indem sie lediglich im Agitationsinteresse das völlig aussichtslose Verlangen stellt, das Reichswahlrecht, das für alle männlichen Personen vom vollendeten 25. Lebensjahr gilt, bei den preußischen Landtagswahlen auf alle Personen, Männer und Frauen auszudehnen, die 20 Jahre alt sind." Daraus ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß es der Sozialdemokratie gar nicht um das Ziel der „Eroberung des Reichswahlrechts für Preußen" zu tun ist, sondern ganz allein um die Agitation, für die die gänzlich abgenützten Schlagworte aus der marxistischen Mänge nicht mehr zugkräftig genug sind. Man braucht neuen Agitationsstoff und versiel in Ermangelung eines anderen auf die Wahlrechtsfrage. — Von der Aussichtslosigkeit für die sozialdemokratische Parteileitung, auf die Dauer ihre „Massen" in Demonstrationsversammlungen hineinzubeschleichen und sie dann auf die Straße zu beordern, geht auch eine Betrachtung der Korrespondenz des Reichsverbandes aus, es wird dort hingewiesen auf gelegentliche Anbeutungen, man werde weiter an den Massenstreik zu denken haben. Zugleich aber zeigt sich, daß die Theoretiker der Partei vorläufig von diesem „letzten Mittel" eine ziemlich illusionslose Vorstellung hegen. Sie berechnen, was denn auch nicht schwierig ist, die mutmaßliche Entkräftung in beiden Lagern und entdecken dabei, daß, ganz abgesehen vom Eingreifen der Machtmittel des Staates, die Sozialdemokraten zu allererst an den Rand ihrer Widerstandskraft geraten und dann eine Niederlage erleiden würden, die ausgumaten sogar jene mutigen Vorausdenker bänglich unterlassen.

„Im Osten der preußischen Monarchie herrscht zurzeit unter den Polnischgesinnten etwas gehobene Stimmung, was auch die Aeußerungen der Polenblätter charakterisiert. Das kann jedoch von einer genauen Obacht auf die fortdauernden Bestrebungen und insbesondere auf die Organisation der Polen nicht ablenken. So wird die Bedeutung der unter Leitung polnischer Geistlicher stehenden polnisch-katholischen Arbeitervereine, deren Verband sich über die ganze Provinz Posen erstreckt, heute noch wenig bekannt sein. Daß auch sie ein fruchtbares Arbeitsfeld für die polnischen Sonderbestrebungen sind, geht aus dem Jahresberichte hervor, den der Vorstand vor kurzem herausgegeben hat. Niemand wird sich, so bemerkt man in der Posener Zeitung, dem entziehen können, daß der Verband unter eminent rühriger Leitung steht. Es ist bekannt, daß sein Generalsekretär Pfarrer Adamski und das Vorstandsmitglied Pfarrer Dettloff fast sonntäglich die Provinz bereisen, um neue Vereine zu gründen. Der Verband zählt noch am 1. Januar 1907 135 Vereine mit 20 000 Mitgliedern, heute hat er bereits die stattliche Zahl von 177 Vereinen mit über 25 000 Mitgliedern erreicht. Der Verband hat es sich zur Aufgabe gemacht, allmonatlich in den Vereinen Vorträge aus dem sozialen Gebiete zu veranstalten. Er verfügt heute über 105 Bibliotheken mit 16 166 Bänden, und 110 Vereine haben Sterbekassen. Es ist eine ganze Reihe von genannter katholischer Häuser und Parochialsäle erbaut worden, die natürlich auch für polnisch-politische Versammlungen zur Verfügung stehen. Den bereits in Posen, Hohensalza, Ostrowo und Filehne bestehenden Rechtsbureaus sollen weitere im Laufe des Jahres in Bromberg, Wongrowitz, Rogasen, Bentschen, Wollstein, Lissa, Schrimm, Gostyn, Krotoschin und Gnesen folgen. Der Verwalter der Posener Diözese, Weihbischof Kitowski, hat zu diesem Zwecke 1000 Mark gestiftet. Ein besonderer Vertreter in Berlin wird die Termine beim Reichsversicherungsamt wahrnehmen. Die Verbandszeitschrift Robotnik (Der Arbeiter) wird gegenwärtig in 21 000 Exemplaren gelesen. Den Einnahmen von 12 427,56 M. stehen 6597,16 M. Ausgaben gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 5830,40 M. verbleibt. — Gegenüber der Gesamtzahl der polnischen Arbeiter in Posen von 250 000 könnte ja die Bedeutung der bisher 25 000 organisierten Arbeiter gering eingeschätzt werden, aber bei dem planmäßigen und unermüdlichen Vorgehen der Verbandsvorstände, die noch eine besondere Stütze in den Leitern der Rechtsbureaus finden, die ausschließlich Geistliche sind, ist es nur eine Frage, wenn auch noch nicht der nächsten fünf, so doch der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre, daß sämtliche polnischen Arbeiter der Provinz Posen eine willenlose Masse in der Hand der polnischen Geistlichkeit sein könnten.

In der deutschen Presse sind wiederholt die Vorschriften über das Einführen von Schußwaffen nach Rußland bekannt gegeben worden. Trotzdem wird immer wieder die Beobachtung gemacht, daß das nach Rußland reisende deutsche Publikum diese Bestimmungen nicht kennt und sich infolgedessen durch ihre Nichtbeachtung großen Unannehmlichkeiten aussetzt. Besonders häufig entstehen dadurch Schwierigkeiten, daß Reisende die russische Grenze mit einem Revolver bewaffnet überschreiten, ohne sich vorher eine entsprechende Erlaubnis zur Einfuhr verschafft zu haben. Es sei daher erneut auf die nachstehenden, in Rußland für die Einfuhr von Schußwaffen und Zubehör geltenden Bestimmungen hingewiesen:

Die Einfuhr jeder Art von Schußwaffen und deren Zubehör aus dem Ausland und dem Großfürstentum Finnland nach Rußland, gleichviel ob zum persönlichen Gebrauch oder zum Verkauf, ist von der Vorweisung eines durch die einführende Person oder Handelsfirma beizubringenden, besonderen Erlaubnisscheins des Ministeriums des Innern (Polizeidepartements) bei der zuständigen Zollbehörde abhängig.

Ausgenommen sind nur Jagdgewehre mit glatten Läufen, glattläufige Mentechristo-Gewehre und automatische, glattläufige Flinten des Systems Winchester (dagegen nicht des Systems Browning, auch nicht Gewehre mit glatten und gezogenen Läufen, ferner in keinem Falle Revolver und Pistolen, sowie deren Zubehör), ferner Jagdpatronen (Kugeln), deren Durchmesser geringer als 0,300 oder größer als 0,320 Zoll ist. Für die Einfuhr dieser Gewehre und Patronen genügt die Vorweisung eines Erlaubnisscheins der zuständigen oberen Ortsbehörde.

Verboten ist die Einfuhr von Schußwaffen jeder Art, mit Ausnahme von Gewehren mit glatten Läufen und deren Zubehör, zu Handelszwecken aus dem Ausland nach den Gouvernements des Weichselgebietes (Russisch-Polen). Die zur Einrichtung von Gewehren mit glatten Läufen und zugehörigem Schießbedarf erforderliche Erlaubnis wird für Warschau und die Gouvernements des Weichselgebietes von dem Warschauer Generalgouverneur erteilt.

Falls zur Erwirkung der Einfuhrerlaubnis die Unterstützung der amtlichen deutschen Vertretungen in Rußland beanspruht wird, sind entsprechende Anträge zweckmäßig mindestens 4 Wochen, bevor der Erlaubnisschein gebraucht wird, an sie zu richten, und zwar für die Einfuhr nach Polen an das Kaiserliche Generalkonsulat in Warschau, für die Einfuhr nach dem übrigen Rußland an die Kaiserliche Botschaft in St. Petersburg.

Die Gültigkeitsdauer der Erlaubnisscheine beträgt ein Jahr vom Tage der Ausstellung an. Nach Ablauf dieser Frist dürfen Waffen und Munition auf Grund dieser Scheine nicht mehr eingeführt werden.

Hierbei wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die deutschen amtlichen Vertretungen in Rußland es nicht übernehmen können, für Personen, die ohne vorherige Beschaffung der Einfuhrerlaubnis Feuerwaffen heimlich nach Rußland mitgebracht haben, nachträglich die Erlaubnis zur Führung derselben zu erwirken.

Rundschau im Auslande.

In der gestrigen Sitzung der **russischen Reichsduma** wurde Vizepräsident Baron Meyendorff, der sein Amt niedergelegt hatte, mit 278 gegen 35 Stimmen wiedergewählt. Hierauf nahm die Duma in zweiter Lesung kleinere Gesetzesvorlagen an. Alsdann wurde eine von 150 Abgeordneten eingebrachte Gesetzesvorlage, betreffend eine Unterstützung der unter terroristischen Akten zu Schaden Gekommenen verhandelt. Der Referent Graf Bobrinsky von der gemäßigten Rechten wies auf die unzähligen Opfer der Pflichttreue gegen den Kaiser hin, erinnerte an die erste und zweite Duma, die mit Ausnahme nur weniger Abgeordneten terroristische Exzesse nicht hätte verurteilen wollen, und betonte den in dieser Beziehung eingetretenen günstigen Umschwung. (Stürmischer Beifall im Zentrum und rechts.) Hierauf begrüßte der Gehilfe des Ministers des Innern Makarow in längerer Rede die Einbringung dieser Gesetzesvorlage als eine autoritative Beurteilung der Revolution, als Merkmal des Umsprunges des Nationalbewußtseins und als hellen, den blutigen Nebel durchdringenden Lichtstrahl mit großer Genugtuung und stellte jedes Entgegenkommen seitens der Regierung in Aussicht. Nach längerer Debatte beschloß die Duma, die Vorlage der Kommission für Unantastbarkeit der Person zu überweisen. Es wurde sodann eine Tagesordnung angenommen, welche die tiefe Entrüstung der Duma über terroristische Akte zum Ausdruck bringt.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur teilt mit: In letzter Zeit hatte die Polizei die Mitteilung erhalten, daß die Sozialrevolutionäre Anschläge auf den Großfürsten Nikolaus, den Justizminister und andere hochgestellte Persönlichkeiten planten. Die Vollziehung war einer besonderen Kampforganisation auferlegt. Es ist festgestellt worden, daß Mitglieder dieser Organisation sich in der Nähe des Palais des Großfürsten und des Justizgebäudes aufgehalten und drei von ihnen am 19. d. Mts. vergeblich auf die Ausfahrt des Justizministers zur Ausführung eines Anschlages gewartet haben. Am 20. d. Mts. schritt die Polizei nun zu Verhaftungen und nahm außer 11 Personen, darunter 5 Frauen, die der Organisation für die Anschläge angehörten und zum Teil Sprenggeschosse bei sich führten, noch mehrere mit den beabsichtigten Anschlägen in Verbindung stehende Personen fest. In den Wohnungen einiger Verhafteten wurden Waffen, Explosivgeschosse und u. a. auch zwei Polizeiuniformen gefunden.

In den Wandelgängen der französischen Deputiertenkammer wurde gestern versichert, daß die Interpellation